

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 10.

Leipzig, den 7. März.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Gaisinstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Bollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Ballstraße 10.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Endlich. — Die Wiederherstellung Polens. — Weiße Sklaven. — Aus England. — Beilage: Entwurf eines General-Statuts der Dresdener Gesellen-Krankenkassen.

Politische Uebersicht.

In Frankreich steigende revolutionäre Gährung auf der einen, entsprechende Kriegsrüstungen auf der anderen Seite. Das Dilemma: Krieg oder Revolution, tritt immer schärfer hervor, und es scheint sich bloß zu fragen, ob die Revolution den Krieg, oder der Krieg die Revolution überholen wird. Der Jahrestag der Februarrevolution ist nicht so ruhig vorübergegangen, als die ersten Nachrichten vermuthen ließen; in der Kammer, wie auf den Straßen kam es zu Szenen, welche an die leidenschaftlichsten der französischen Revolutionsgeschichte erinnern, und uns zeigen, daß der alte Vulkan nicht erloschen ist, und daß die siedende Lava jeden Augenblick dem Krater entströmen kann. — Man hört hier und da die Vermuthung aussprechen, die Aufregung werde durch russische und preussische Agenten genährt. An sich wäre das sehr wohl möglich. Rußland hat wiederholt mit der Revolution gespielt, wo sein Interesse es gebot, und auch der neupreußischen Politik ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre Aehnliches zuzutrauen; aber wie die Dinge jetzt stehen, wäre eine Revolution in Frankreich aller Berechnung nach nicht nur nicht vortheilhaft, sondern geradezu verderblich für Preußen und Rußland. — Mittlerweile führt die französische Regierung mit größter Eile die Armeeorganisation durch und hat die Gardeurlauber einberufen. Curiositätshalber erwähnen wir, daß der Better des Kaisers, Prinz Plonplon, eine Reise durch Deutschland unternommen, und dadurch sämtliche deutschen Bier- und Weinhauspolitiker in fabelhafte Aufregung versetzt hat. Wir wollen uns den Kopf nicht darüber zerbrechen, welche „Mission“ der fettbildnerische Napoleonide hat; jedenfalls wird er fest auftreten, denn er wiegt gut zwei und einen halben Zollentner. Beiläufig ein hübscher Contrast: die Reise eines prinzlichen Fallsack erfüllt Europa mit Angst und Hoffnungen, während drüben in Amerika die Capriolen eines zum Hochverrath geneigten Staatsoberhauptes nicht mehr Aufsehen machen, als die Sprünge eines wildgewordenen Stiers. Trotzdem sind Reputation „Heerde der Unordnung“, und blüht die „wahre Ordnung“ nebst „Stabilität“ nur in Monarchien.

Napoleon hat Medaillen für alle Diejenigen prägen lassen, welche die mexikanische Expedition mitgemacht haben, auch für die österreichischen Legionäre. Daß man die eigne Schmach zu verewigen sucht, hat wenigstens das Verdienst der Neuheit.

Der französische Pressfandal, den man durch das Gutachten der Schiedsrichter vertuscht glaubte, ist plötzlich wieder in hellen Flammen emporgelodert, indem die Redaktion des Pays, eines Regierungsorgans, vor einigen Tagen das Publikum durch die Mittheilung überraschte, sie habe Aktenstücke in Händen, welche die Beziehungen gewisser Zeitungen zu fremden Regierungen bewiesen. Von den namentlich genannten 6 Blättern haben mehrere die Beschuldigung ruhig eingestekt, die übrigen lahme Erklärungen hervorgejottert, die den Verdacht nur stärken können. Redakteur des Pays ist der berühmte Granier, eins der ehrlosesten Werkzeuge des zweiten Dezember; und so erfüllt sich hier, bis die Großen an die Reihe kommen, einstweilen an den Kleinen das Göthe'sche Wort: Jeder dieser Lumpenhunde wird vom andern abgethan.

Am Sonnabend wurde der Preussische Landtag vom König geschlossen. Ueber die Thronrede ist nur zu sagen, daß die üblichen Friedensversicherungen der üblichen Wärme ermangeln, daß der ganze Ton ein sehr kleinlauter ist, und daß jede Hindeutung auf den „Ausbau“ der Bismarck'schen Einheit fehlt, und sogar des Zollparlaments mit keiner Silbe gedacht wird. Die Wahlen in Süddeutschland und die Besorgnisse vor Frankreich erklären zur Genüge diese Schweigsamkeit. Man sagt, die französische Regierung habe gedroht, jede großpreussische Demonstration in Berlin mit einer französischen Demonstration in Luxemburg zu beantworten. Gewiß ist, daß die französischen Agenten in Luxemburg eifrigst wählen, und daß die mächtige, durch Preußen von Deutschland losgerissene Grenzfeste jeden Augenblick von den Franzosen in Besitz genommen und binnen 8 Tagen vollständig armirt werden kann, da man Preussischerseits bei der Häumung die Rücksicht auf Frankreich so weit getrieben hat, die Hauptfestungswerke ganz unberührt zu lassen!

Mit dem zahmen Charakter der preussischen Thronrede hängt zusammen, daß die offiziöse preussische Presse mit einem mal auffallend freundlich gegen das, gestern noch so bitter geschmähte Oesterreich thut.

Der soeben beendigten Landtagssession, welche dem preussischen Volk 100 Millionen Thaler über das bisherige Budget hinaus kostet, widmete der hannoversche Abgeordnete Windhorst in der letzten Sitzung den charakteristischen Nachruf: „Nicht ohne Sorgen denke ich daran, welche Auskunft ich in der Heimath über die Leistungen der ablaufenden Session geben soll. Wir haben immer nur Geld bewilligt, aber für die organische Gesetzgebung, für den Ausbau des Rechtsstaats haben

wir nichts gethan.“ Wie kann der Mann auch in Berlin an den „Rechtsstaat“ denken!

Um doch gegen Jemand tapfer zu sein, hat die preussische Regierung das Vermögen des Königs von Hannover mit Beschlagnahme belegt. Schade bloß, daß sie ihm schon vorher so viel ausgeliefert hatte, daß er bequem hundert „hannoversche Legionen“ unterhalten kann. Der Lusthieb verräth bloß die Furcht. —

Unter dem Titel: die Todtengräber des kurhessischen Landesrechts*) ist dieser Tage eine Broschüre erschienen, welche auf die Preussische Politik und das Treiben der Nationalliberalen grelle Schlaglichter wirft, und affenmäßig entwickelt, durch welche schimpflichen Mittel die Annexion Kurhessens mit Hilfe der Dettler's und Consorten vorbereitet und durchgeführt wurde. Nach Durchlesung dieser Schrift können wir uns nicht mehr wundern, daß in Kurhessen „aufreißerische“ Proklamationen zirkuliren, und ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen mit Sehnsucht erwartet wird. Die „preussischen Patrioten“ sind da selbstverständlich mit „Landesverrath“ bei der Hand; aber wer in Schleswig-Holstein das Wort: Lieber Dänisch als Preussisch, und in Ostpreußen das andere: Lieber Russisch als Preussisch, auf dem Gewissen hat, der darf sich nicht patriotisch an die Brust schlagen, wenn wirklich in Kurhessen das Wort ertönte: Lieber Französisch als Preussisch. So weit ist es indeß hier noch nicht gekommen. Den Preußen ein zweites Jena wünschen, und Französisch sein wollen, das ist zweierlei. Dem ersten Preussischen Jena folgte das Deutsche Leipzig; auch dem zweiten würde es unfehlbar folgen, wenn Napoleon toll genug wäre, auf Eroberungen in Deutschland auszugehen. —

Wir erwähnten neulich der Resultate der jüngsten Norddeutschen Volkszählung, die ein vermindertes Wachstum der Bevölkerung als naturgemäße Folge der Bismarck'schen Politik ergiebt. In einigen Ländern, z. B. Altenburg, Ruß Greiz und Waldeck hat die Einwohnerzahl sogar positiv abgenommen. Ein Seitenstück zu dieser verdammenden Thatsache bildet die sieben veröffentlichte Statistik der Auswanderung über Bremen. Darnach haben im vorigen Jahre nicht weniger als 73,971 Personen ihr Vaterland verlassen, von denen auf das nichtösterreichische Deutschland 44,621, auf Preußen allein 24,286 kommen. Nimmt man dazu die vielen Tausende, die über Hamburg aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Pommern ausgewandert sind, sowie die Auswanderung über außerdeutsche Häfen, so folgt daraus auf das Schlagendste, daß das deutsche Volk an den „glorreichen Errungenschaften“ des Jahres 1866 ungefähr ebenso viel Gefallen hat wie an der Reaction im Anfang der 50er Jahre. Im Jahre 1848 wanderten über Bremen 29,947 Personen aus, 1849 — 28,629; dagegen 1852 — 58,551, 1853 — 58,111; 1854 — 76,875. In den Jahren 1861 und 1862 sank die Auswanderung auf 16,540 und 15,187 Seelen; 1865, als das Bismarck'sche System Zeit gehabt hatte, sich einzuwurzeln, stieg sie auf 44,665; 1866 auf 61,877, um sich im vergangenen Jahr auf 73,971 zu steigern. Man sieht, die Auswanderung ist ein treuer Barometer der politischen Zustände und sie stellt die preussischen Siege in Böhmen unerbittlich auf gleiche Stufe mit den preussischen Siegen in Dresden und Baden. — Jene vernichteten die deutsche Freiheits- und Einheitsbewegung; diese vernichteten Deutschland. Ein Glück nur, daß Völker wieder auferstehen

können, und daß unsre tausendjährige Geschichte durch den schärfsten preussischen Säbel nicht auszuraubiren ist. —

Der Zusammentritt des Zollparlaments scheint verlagert; es heißt sogar, der Reichstag solle vorher einberufen werden. Unter den Vorlagen für das Zollparlament befindet sich die Tabaksteuer. Mehr Steuern! Die Soldaten sind zwar „productiv“, kosten aber dennoch „heidenmäßig viel Geld.“ Wie sich nach den Ergebnissen der bairischen und badischen Wahlen erwarten ließ, hat sich nachträglich die gesammte Demokratie Württembergs, mit verschwindenden Ausnahmen, zur Wahlbetheiligung entschlossen. Dasselbe gilt von Rheinhessen, und hier wie dort ist die Niederlage der nationalliberalen Partei sicher. —

Wieder ein Reliquie weniger. König Ludwig I. von Bayern, bekannt durch schlechte Verse und gute deutsche Gesinnung (mit \dagger) sowie auch durch seine Abenteuer mit Lola Montez, ist vorige Woche in Nizza gestorben. —

In Oesterreich will noch immer kein Stillstand eintreten; die Umgestaltung des Staats geht in der methodischsten Weise vor sich, und die Gothaer Biedermänner sind in Verzweiflung, daß sie im „Verdummungsstaat“ keinen Verstoß gegen den parlamentarischen Katechismus entdecken können. Dem Kriegeminister ist sein Budget um $3\frac{1}{2}$ Millionen beschuitten worden, was ihn jedoch nicht hinderte, die gräßliche Kexerei auszusprechen, eine anderthalbjährige Dienstzeit genüge zur Ausbildung des Soldaten. Was das Conordat anbelangt, so glauben selbst die sanguinischsten Schwarzröcke nicht mehr an dessen Erhaltung und fangen an, ihre Augen hoffnungsvoll auf — Preußen zu richten, den Staat des Protestantismus und des „deutschen Berufs“, der den Römlingen so freundliche Blicke zuwirft. Nichts kann den Umschwung in Oesterreich und die neueste Aera in Preußen besser charakterisiren. —

Mazzini hat ein neues Revolutionsmanifest erlassen, in dem er die Republ. als die einzige Rettung Italiens hinstellt. Es beginnt: „Das alte Europa stirbt ab! Auf, erwacht! Hört ihr nicht jenes dumpfe Geräusch, wie man es in einem vom Sturm zerschmetterten Schiff hört und das den unmittelbaren Untergang ankündigt? Und vernehmt ihr nicht dieses Erdbeben, dieses Brausen, diese geheimnißvolle Strömung, welche wie die Brise das Meer und wie der Windhauch die Gipfel des Waldes zwischen der Morgendämmerung und dem Sonnenaufgang in Bewegung setzt? Das ist das junge Europa, das sich erhebt, das ist die Geburt einer neuen Zeitperiode. Erhebt euch und schreitet vorwärts! Die Stunde der Freiheit hat geschlagen. —“

In Spanien Brodtrawalle, Fütterung mit blauen Bohnen, Belagerungszustand, Ministerkrise. Einer der neuen Wundhaften Königin; und ist ein specieller Freund der tugendhaften Königin; wenn er zwei tausend Jahre früher gelebt hätte, würde man von „Catalinischen Existenzen“ statt von Catilinarischen sprechen. —

Die Türkei trifft ihre Maßregeln für den kommenden Sturm. Dimer Pascha, ihr tüchtigster General, wird mit Truppen an die Donau geschickt.

Der Amerikanische „Verfassungskonflikt“ (so haben die deutschen Kannegießer das widerspenstige Gebahren Johnson's getauft, obgleich es mit der Verfassung der großen Republik nicht das Mindeste zu schaffen hat und dieselbe nach keiner Seite hin gefährdet) eilt seinem Abschlusse zu. Der Senat ist dem Repräsentantenhause beigetreten, und Johnson wird nun, wenn der Gesetzesverletzung schuldig befunden, in aller Ruhe befeitigt und unschädlich gemacht werden, ohne daß ein Hahn darnach kräht. Auch General Sherman, an den er sich

*) Die Todtengräber des kurhessischen Landesrechts, ein Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Charakteristik des „nationalliberalen“ Gothaertums. Verlag von Eduard Kummer in Leipzig.

in seiner Noth als letzten Strohalm anklammern wollte, hat ihm den Rücken gewandt. Amerikanische Generale sind Bürger, die das Gesetz achten, aber nicht ihre Ehre darin suchen, die Vertheidiger des Gesetzes niederzuschießen. —

Mexiko erfreut sich der beneidenswertesten Ruhe — zum großen Aerger der monarchistischen Soldschreiber, die nach dem Fall Maximilian's dem Lande die gräulichste Anarchie prophezeiten. Dieselbigen Herren haben jetzt die schwierige Aufgabe, das vollkommene Scheitern des Kreuzzugs der kaiserlichen Brasilianer gegen das republikanische Paraguay hinwegzulügen. Es scheint fast, als habe die letzte Stunde der letzten Monarchie in Amerika geschlagen.

Ein befreundeter Arbeiter schreibt uns: „Gestatten Sie mir, der ich mit Aufmerksamkeit den Gang der social-politischen Bewegung in Deutschland verfolgt habe, ein Urtheil über das Treiben des Herrn von Schweitzer, wie er sich seit Jahren im „Social-Demokrat“, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, und neuerdings in der Wiener Arbeiterbewegung gezeigt hat.

Ich will hier nicht von den Ursachen reden, welche den Rücktritt der bewährtesten Socialdemokraten von dem Schweizer'schen Blatt zur Folge hatten. Nach dem Rücktritt jener Männer im Jahre 65 wurde die politische Haltung des „Social-Demokrat“ gegenüber der preussischen Regierung mit einigen kleinen oppositionellen Intermezzen eine immer freundlichere, bis das Jahr 1866 mit seinen Siegen der bismarck'schen Politik kam, und nun scheute sich der „Social-Demokrat“ nicht, offen mit Saak und Paß gleich so und so vielen Zeitungen der liberalen Bourgeoisie in das Lager des Herrn von Bismarck überzulassen. Die Loblieder, die damals der „Social-Demokrat“ über die errungene sogenannte Einheit Deutschlands anstimmte, stellen sich den Ergüssen gut national-liberaler Blätter würdig an die Seite.

„Durch Einheit zur Freiheit“ wurde als Parole für den Verein ausgegeben, die „Volkspartei“ als Gegnerin des norddeutschen Bundes auf das Festigste bekämpfte, des Partikularismus und der österreichischen Gesinnung geziehen und ihre Führer als österreichische Emmissäre denunziirt.

Die Begeisterung für den norddeutschen Bund ging so weit, daß Herr von Schweitzer im letzten Reichstag offen für das neue Militairgesetz eintrat und sich bei jeder Gelegenheit mit Vorliebe in seinen Reden an die conservative Partei wandte, auch durch verschiedene Anträge, angeblich im Interesse der Arbeiter, Herrn von Bismarck einen Einfluß auf die sociale Bewegung in die Hände zu spielen suchte.

Da tauchte die Arbeiterbewegung in Oesterreich auf in kaum geahnter Macht. Herr von Schweitzer, dem man eine gewisse agitatorische Schlaueit nicht freitig machen kann, bemerkte das natürlich auch und flugs war er bei der Hand, durch eifrige Registrirung der dortigen Vorgänge, Aufrufe und demonstrative Kundgebungen die Wiener Arbeiter für sich zu gewinnen. Er mochte auch, als die Bewegung in Wien und Oesterreich unter den Arbeitern immer größere Dimensionen annahm, Lust bekommen dort selbst seine Hütten aufzubauen. Anders wenigstens kann ich es mir nicht erklären, daß er plötzlich vor 4 Wochen, nachdem zuvor ein anderer Redakteur als Strohmann vorgeschoben war, im „Social-Demokrat“ gegen Preußen und alles was preussisch ist, den norddeutschen Bund und die sogenannte Einheit Deutschlands in der entschiedensten Weise zu Felde zog. Eine Reihe von Confiscationen folgten. Diese aber schienen nur die Oppositionswuth zu verstärken, immer heftiger wurde die Sprache gegen den Polizei- und

Beamtenstaat Preußen. Der Norddeutsche Bund wurde als ein scheinconstitutionelles Flickwerk bezeichnet und gegen die erdrückende Militairlast mit einer Schärfe aufgetreten, daß man nicht glaubte, den sonst in diesen Dingen so zahmen und loyalen Herrn von Schweitzer, sondern einen Führer der so viel von ihm verleumdeten „Volkspartei“ zu hören. Um der Komödie die Krone aufzusetzen, wurde gleichzeitig ein geheimnißvoller Aufruf veröffentlicht, in dem er seine Anhänger zu außerordentlicher Steuerzahlung, „weil Wichtiges auf dem Spiele stehe“, aufforderte. Mitten in dieses Treiben fuhr wie ein Donner Schlag aus heiterem Himmel die Nachricht von der Niederlage seines getreuen Sancho Panza, des Herrn von Hofstetten, in Wien, und siehe da, die Physiognomie des Blattes war mit einem Mal wie umgewandelt. An Stelle der in den letzten Wochen berserkerartig auftretenden Oppositionswuth trat plötzlich wieder der alte, zahme, der preussischen Regierung so angenehme Ton.

Und was sollte diese ganze Komödie bedeuten? Nach meiner Auffassung wollte Herr von Schweitzer, trotz allen Ableugnens, mit dem „Social-Demokrat“ von Berlin nach Wien übersiedeln. Um aber bei den Wiener Arbeitern den Verdacht, ein Werkzeug des Herrn von Bismarck zu sein, abzuwälzen, mußte der „Social-Demokrat“ durch seine heftige Opposition erst unterdrückt werden. Dann bekam Herr von Schweitzer eine Märtyrerkrone und er konnte, den Staub von seinen Füßen schüttelnd, Berlin verlassen und in dem „freien“ Oesterreich seine Rolle, vielleicht mit mehr Nutzen und Gewinn für seine Gönner und sich selbst, weiter spielen. Um in Wien das Terrain vorzubereiten, wurde Herr von Hofstetten hingschickt, allein sein klägliches Fiasko warf alle Pläne über den Haufen. Herr von Schweitzer fand es für gerathen schnell umzukehren, die heftige Opposition gegen die preussische Regierung aufzugeben und versucht nun in spaltenlangen Artikeln seinen Freund und Spießgesellen Herrn von Hofstetten zu desavouiren und die Wiener Arbeiter als von den Bourgeois und Wiener Zeitungs-Redaktionen verführt hinzustellen — dieselben Wiener Arbeiter deren Selbstständigkeit und unabhängiges Auftreten er noch vor ganz kurzer Zeit mit Recht rühmend hervorgehoben hat.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, um das zweideutige Treiben des Herrn von Schweitzer an den Tag zu bringen, so ist der Beweis in diesen Vorgängen erbracht; vielleicht dämmert hiernach auch manchem seiner bisherigen Anhänger ein Lichtlein auf.“

Am 22. Februar feierte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein sein 7. Stiftungsfest, das ein erfreuliches Bild von dem wackern Vorwärtstreben des Vereins ablegte. Unter den 8—900 Anwesenden befanden sich auch viele Vortragende und Lehrer des Vereins, die Vorsteher des Stadtverordneten-Collegiums und andere geladene Ehrengäste. Einige Musikstücke der Hillerschen Capelle eröffneten die Feier, worauf das Vereinsmitglied Herr Kühner einen von ihm selbst gedichteten Prolog schwungvoll vortrug. Ein Lied, exekutirt durch die Sänger des Vereins unter Leitung ihres tüchtigen Dirigenten Herrn Greiff folgte, dann ergriff der Vorsitzende Herr Bebel das Wort, um an den gedruckten vorliegenden Jahresbericht des Vereins einige Bemerkungen zu knüpfen. Redner dankte zunächst im Namen des Vereins den Vortragenden und Lehrern sowie den städtischen Behörden, die den Verein unterstützen, und wendete sich dann gegen mancherlei Angriffe, die der Verein im verflossenen Jahre erfahren. Man habe öffentlich behauptet, der Verein treibe hauptsächlich politische Agitation und vernachlässige die Bildungsbestrebungen, das sei ein ungerechter

Vorwurf, wie der Bericht beweise. Man treibe allerdings Politik aber nicht mehr wie nöthig; würde er das nicht thun, dann erfüllte der Verein seine Zwecke nur unvollständig. In einer Zeit, wo der Staat unausgesetzt neue Anforderungen, vor allem an die arbeitenden Klassen stelle, sei es Pflicht, dieselben über Wesen und Zweck des Staats und der staatlichen Institutionen aufzuklären. Sehr unangenehm sei es daher auch empfunden worden, als vor einigen Monaten die Herren Stadtverordneten bei der Berathung der Unterstützung des Vereins aus städtischen Mitteln ein ähnliches Urtheil gefällt hätten, wozu sie um so weniger in der Lage gewesen wären, da seit 2 Jahren keiner der Herren, mit Ausnahme des dem Vereine freundlichen Herrn Kaufmann Güttner die Schwelle des Vereinslokales überschritten habe. Man habe also sein Urtheil auf die Angriffe einer feindlich gesinnten Presse und die Aeußerungen einzelner dem Verein nicht wohlwollenden Persönlichkeiten hin gefällt. Auffallend sei ein solches Urtheil auch in so fern, als angesehenen Mitglieder des Collegiums vor Jahren den Verein zu politischer Thätigkeit veranlaßt haben; man müßte also daraus schließen, es sei nicht die politische Thätigkeit an und für sich, sondern vielmehr die Richtung dieser Thätigkeit, die Anstoß nach jener Seite hin gebe. Der Verein werde sich indes durch solche Maßregelungen nicht von dem für richtig erkannten Wege abbringen lassen, sondern unausgesetzt sein Ziel verfolgen. — Nach dem Vortrag eines zweiten Liedes betrat Herr Schriftsteller Schweichel als Festredner die Tribüne. Er gab ein geistvolles, klar und scharf durchdachtes Bild der Stellung, welche Arbeit und Arbeiter im Lauf der Geschichte eingenommen haben. Die Arbeit allein sei die Trägerin aller Kultur und demnach müsse auch die Stellung des Kopf- wie des Handarbeiters, die heute von der Bourgeoisie ausgebeutet werden, in Staat und Gesellschaft eine andere, auf voller Gleichberechtigung beruhende werden. Wie das Bürgerthum im Mittelalter durch seine höhere Bildung nach und nach den Adel verdrängt, so werde auch dieses, das seine Blüthezeit hinter sich habe und schon jetzt entseelig arm an neuen fruchtbringenden Ideen sei, durch die Arbeiterklasse bei Seite geschoben werden. Dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede folgte der Schlußgesang, worauf alsdann der Ball begann, der bis Morgens 5 Uhr währte. Eine zum Besten der Königsberger Arbeiter veranstaltete Sammlung ergab einen Ertrag von 24 Thaler 11 Neugroschen.

Der hiesige Arbeiterbildungsverein hat folgenden, durch mehrere Unterstützungsgesuche aus Ostpreußen veranlaßten Beschluß gefaßt: „In Anbetracht der von Tag zu Tag wachsenden Noth in unsrer nächsten Nähe müssen wir uns zu unserm tiefsten Bedauern außer Stande erklären, fernerweit für unsere hungernden und nothleidenden Brüder in Ostpreußen Sammlungen zu veranstalten. Wir erwarten vielmehr, daß die Regierung ihres Staates, die vor zwei Jahren muthwillig und um der Eroberungslust zu fröhnen einen deutschen Bruderkrieg hervorrief, als dessen Folge zu einem guten Theil die jetzige allgemeine Krisis zu betrachten ist, sich bequemen wird, den aus den Contributionen der besiegten Staaten reich gefüllten Staatschatz zu öffnen, um die Provinz von dem drohenden Verderben zu erretten. Wir erwarten dies um so mehr, als die Bewilligungen der Landesvertretung (1 1/2 Millionen für die dotirten Generale und Minister, 24 Millionen für die nichts weniger als nothleidenden Deposedirten, 1 Million für die Erhöhung der Civilliste des Königs und die Hunderttausende für Aufbesserung der Gehalte der schon früher gut bezahlten Minister und hohen Beamten,

ganz abgesehen von dem ungeheuren den Volkswohlstand ruinirenden Militärbudget) beweisen, daß auch heute noch das geflügelte Wort von dem „heidenmässig vielen Geld“ im preussischen Staatsfädel keine Phrase ist. Der Staat, der Jahrzehnte lang Gut und Blut seiner Bürger in reichlichem Maße beanprucht hat, muß ihnen in Verderben schwangerer Stunde auch ausreichende Hülfe leisten.“

Der Arbeiterbildungsverein hat ferner beschlossen, an die Regierung eine Petition zu richten, in der Staatshülfe für die Nothleidenden des Lands, namentlich des Erzgebirges gefordert wird. Wir erwarten, daß alle Arbeiter- und Volksvereine Sachsens in gleicher Richtung vorgehen werden.

Endlich.

In ihrer Nummer vom 1. März bringt die Berliner „Zukunft“, das Organ Jacoby's, unter der Ueberschrift: Die Nothwendigkeit der Organisation einer demokratischen Partei, einen förmlichen Abfragebrief an die „Fortschrittspartei“. Wir lassen die Hauptstellen folgen:

„Der tief eingerissenen Ziel- und Willenlosigkeit unseres Volkes einen Damm entgegen zu stellen, ist, wenn wir andere einem Zustande völliger politischer Entartung vorbeugen wollen, nachgerade die allerhöchste Zeit, und die Pflicht, die Arbeit zu vollbringen, richtet ihr Gebot an die Befenner der Demokratie und ermahnt dieselben zur Organisation einer nach einheitlichen Grundsätzen und Zielen wirksamen politischen Partei. Man sage nicht, die Fortschrittspartei repräsentire bereits die Demokratie und biete diejenige Parteiorganisation, die wir verlangen. Eine solche Behauptung können wir nicht anerkennen. Die Fortschrittspartei war von Anfang an eine Compromißpartei, deren Programm und politische Wirksamkeit nicht nur den Compromiß zwischen den verschiedenen Abflusungen des Liberalismus, sondern auch den Compromiß zwischen der Volksvertretung und der Regierung zur Grundlage hatte. Weder der Name noch das Programm, noch die politischen Handlungen der Fortschrittspartei berechtigen dazu, dieselbe für eine Partei der Demokratie auszugeben. — — — — —

Der Umstand, daß sich innerhalb der Fortschrittspartei vereinzelt auch Männer von zweifellos demokratischer Gesinnung befinden, macht deshalb diese Partei noch keineswegs zu einer demokratischen Partei. Im Gegentheil, die unklare, inconsequente und auf oratorische Energie eingeschränkte Haltung, welche die Fortschrittspartei den Handlungen der Regierung und den seit dem Indemnitätsvotum datirenden, die demokratischen Interessen, sowie die positiven Verfassungsgrundsätze gegenüber eingenommen hat, macht es vielmehr der Demokratie zu einer unabweißlichen Pflicht, die Solidarität mit der Gesamthaltung der Fortschrittspartei ausdrücklich abzulehnen.

Johann Jacoby hat, indem er am 30. Januar d. J. vor seinen Berliner Wählern die Stellung der Demokratie in Preußen erörterte, dieser Pflicht in der ihm eigenthümlichen politisch-philosophischen Form genügt; bei diesem theoretischen Anfang darf die Demokratie jedoch nicht stehen bleiben; sie muß vielmehr den idealen Gehalt der Rede Jacoby's thatsächlich zur Geltung zu bringen suchen, indem sie sich um ein bestimmtes Programm als politische Partei so bald als möglich organisirt.

Möge sich die Demokratie hiervon nicht durch die irrthümliche Meinung abhalten lassen, daß diese abermalige Par-

teumbildung der Regierungsgewalt zu gute kommen werde und daß es sich im Grunde doch eigentlich um Nichts als um einen Namenswechsel handle. Gegenüber der Fortschrittspartei, die im Kampfe um die Rechte des Landes als glanzvolle parlamentarische Majorität die ihr innewohnenden Machtmittel aussichtslos erschöpft hat und gegenüber der durch und durch antidemokratischen Partei des National-Liberalismus, dessen Liberalismus neben dem über Nacht hervorgebrochenen nationalen Vertrauen zu Graf Bismarck und dessen Lehre von Blut und Eisen in das Reich der Träume verwiehen worden ist, wird die Bildung einer demokratischen Partei mit dem Grundsatz: „Keinen Kompromiß mit einer Gewalt, die nicht der Ausdruck des Volkswillens ist“ eine logische und praktische Nothwendigkeit, die wahrhaftig mehr zu bedeuten hat, als einen bloßen Namensaustrausch.

Wir halten es im Interesse der Beherzigung unserer Mahnung nicht für erpfrißlich, der Aufstellung eines positiven Programms, dessen eine bestimmte politische Partei unter allen Umständen bedarf, von dieser Stelle aus vorzugreifen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Formulirung eines solchen Programms das Resultat der Beratungen bewährter Männer aus allen Theilen des Landes sein müsse. Da indeß erfahrungsmäßig derartige Beratungen nur dann zu dem erwünschten Ziele führen, wenn sie von solchen Mitgliedern gepflogen werden, denen außer dem inneren Beruf auch ein ausdrücklich dazu zu ertheilendes Mandat beiwohnt, so würden wir es für das Zweckmäßigste erachten, wenn sich diejenigen Männer, die sich zu den allgemeinen Anschauungen Jacoby's, dieses unerschütterlichen und über jeden Zweifel erhabenen Vorkämpfers der Demokratie, bekennen, allerorten vereinigen und aus ihrer Mitte die geeigneten Vertreter für einen die praktisch-politische Wirksamkeit der preußischen Demokratie fördernden und feststellenden Congress erwählen.

Möge zu diesem Zweck jede vorzeitige und unberechtigte Spaltung unter den Anhängern der Demokratie vermieden werden; möge namentlich die irrtümliche Auffassung, als bestände zwischen der sogenannten sozialen und der allgemeinen politischen Demokratie irgend ein feindlicher Gegensatz, der klaren Ueberzeugung weichen, daß, bevor nicht der elementare Kampf zwischen der Volks- und der fürstlichen Gewalt zum Austrag gebracht ist, jedwede Zerspaltung der Volkskraft den Geburtstags des demokratischen Staates in immer weitere Ferne hinausdrückt; möge sich Jedermann, der von seinem absoluten Recht an der Gestaltung des Staatslebens durchdrungen ist, darüber klar werden, daß, ehe er seiner individuellen Ueberzeugung Geltung zu verschaffen vermag, zuvor das Volk als Gesamtheit zu seinem Recht als geltender Staatswille gelangen muß; möge endlich die Demokratie dessen eingedenk sein, daß sie allein den Beruf und die Fähigkeit besitzt, dem Volke seinen, durch eigenes Verschulden und durch das Geschick und Glück der Gegner beinahe verloren gegangenen Glauben an sich selbst wiederzugeben, und daß das Mittel hierzu in einem einheitlichen Zusammenschluß und in einem vom demokratischen Prinzip vorgezeichneten gemeinsamen Handeln besteht.

Somit wäre endlich der Rubikon überschritten. Mißlingen kann das Werk nicht, denn in zweifacher Hinsicht ist die Organisation der Demokratie in Preußen eine politische Nothwendigkeit. Zunächst für Preußen selbst, das nur durch Erweckung des Freiheitsgeists und Rechtsgefühls im Volke vor dem alles Edle erdrückenden Militarismus gerettet werden kann. Und dann für das Gesamtwaterland. Die Zerreißung Deutschlands wäre dem Grafen Bismarck nicht gelungen, wenn

nicht in Preußen der Großmachtstügel von allen politischen Parteien, die Fortschrittspartei mit eingeschlossen, systematisch gepflegt worden wäre. Den Preußischen Partikularismus und Militarismus, diese beiden Hauptbindernisse unserer nationalen und freiheitlichen Entwicklung zu beseitigen, den Norden Deutschlands mit dem Süden auszuföhnen, das ist die glorreiche Aufgabe der Demokraten Preußens.

Die Wiederherstellung Polens.

VI.

Es wurde bereits erwähnt, daß Peter der Große Preußen in seinem Testamente nicht berücksichtigt hat. Peter der Große starb 1726 und erst 25 Jahre später wurde Preußen durch die gewaltthätige Annexion Schlesiens eine europäische Militärmacht. Wäre das als letzter Wille Peters bekannte Actenstück das Fabrikat einer spätern Zeit, so würde der Verfasser unzweifelhaft auch einen auf Preußen bezüglichen Paragraphen geschmiedet haben. Der Umstand, daß Preußen mit Stillschweigen übergangen ist, spricht also für die Richtigkeit des Dokuments, abgesehen davon, daß der Chevalier d'Con, welcher dasselbe nach Paris brachte, als Gesandter in Petersburg in den genauesten Beziehungen zu den damaligen Ministern Rußlands stand, also wohl auf die eine oder andere Weise in den Besitz des wichtigen Actenstückes gelangen konnte. Auch waren beiläufig sowohl Ludwig XV., wie Wilhelm III. von England von dessen Richtigkeit so vollkommen überzeugt, daß sie bis an ihren Tod Rußland in Schach hielten.

Konnte also in dem Testament Peters des Großen von Preußen nicht die Rede sein, so wurde doch im Jahre 1859 die Welt darüber belehrt, daß die russische Politik mit Preußen, obgleich es seine Machtstellung lediglich Rußland verdankt, keine Ausnahme zu machen gesonnen sei. In dem erwähnten Jahre erschien nämlich das von 1837 datirte Memoire des russischen Cabinets, welches zur Unterrichtung für den gegenwärtigen Kaiser entworfen worden war. Wir lassen es dahin gestellt sein, ob dieses Memoire, wie damals behauptet wurde, von einer gefallenen Größe des preußischen Reaktionsministeriums der Oeffentlichkeit übergeben wurde, um sich für die von Petersburg empfangenen Injurien zu rächen, von denen in den Tagebüchern Barnhagen's von Ense manches Ergößliche zu lesen ist. Die auf Preußen bezügliche Stelle des Memoires lautet in der Uebersetzung: „So wenig wir die Existenz eines unabhängigen Polens gestatten konnten, so wenig dürfen wir an der östlichen Grenze Deutschlands die Bildung einer Macht dulden, welche im Stande wäre, unser Eindringen in jenes Land auch nur so lange aufzuhalten, als die andern Staaten Zeit brauchen, sich zu rüsten. — Für uns wäre eine Theilung Preußens um so nothwendiger, als wir es mit unseren Absichten auf Polen in Opposition finden möchten. Trotz des Genies seines Regenten (Friedrich II.) würden wir Preußen damals zermalmt und unschädlich gemacht haben, wenn die Kaiserin Elisabeth nur noch zwölf Monate länger gelebt hätte. Aber Peter von Holstein war blind für die Größe unserer nationalen Politik; er schloß einen Friedensvertrag und ein Defensivbündniß mit dem preußischen Könige. Er hat gebüßt für seinen Frevel an dem Genius unseres Landes, gleich Alexis dem Sohn des großen Peter. (Dieser wurde von seinem Vater hingerichtet, Jener auf Anstiften seiner Gemahlin Katharina II. ermordet). Unglücklicherweise bestand der preussische Staat während der Regierung Katharina's II. fort. Aber nichts bewies so sehr die unwiderstehliche

Nacht unserer Diplomatie und Stellung, als die Thatsache, daß Friedrich II., sonst ein so kluger Politiker, stets unserer Politik dienstbar blieb, selbst wenn die Zukunft seiner Staaten das Gegentheil gefordert haben würde. Friedrich hatte durch die Erfahrung gelernt, wie leicht es war, russische Heere weit in das Land hineinzuworfen. Um diesem Nachtheil abzuwehren, ging er auf die Theilung Polens ein; aber dadurch gewährte er uns eine gewisse Entschädigung für unser Mißgeschick, daß wir sein eigenes Land nicht getheilt hatten."

Das ist nur zu wahr! Die Geschichte aber liefert nicht nur den Beweis, daß das Memoire in der That den Grundgedanken der russischen Politik gegen Preußen ausspricht und somit nur die durch die Zeit nothwendig gewordene Ergänzung des Testaments Peters des Großen enthält — sondern sie zeigt auch, daß Preußen selbst unablässig dieser Politik seit der ersten Theilung Polens in die Hände gearbeitet hat.

Es ist bekannt, wie in jener chaotischen Periode, welche man die Völkerwanderung zu nennen pflegt, slavische Stämme bis an die Elbe vordrangen. Aus der Eroberung und Germanisirung dieser slavischen Länderstrecken buch sich allmählig der preußische Staat zusammen. Aber nicht nur die Kirche hat einen guten Magen, und als es nach der letzten Theilung Polens kein slavisches Land mehr zu verschlingen gab, wandte sich Preußens Appetit, der bekannlich im Essen wächst, von Osten nach Westen, und es begann jene von Friedrich II. eingeleitete Eroberungspolitik in Deutschland, welche von der Gedankenlosigkeit als Preußens „deutsche Mission“ ausposaunt wird. Den Widerstand zu überwinden, auf welchen diese Vergrößerungspolitik hauptsächlich bei Oesterreich und Frankreich stieß, wäre das kleine Preußen allein, trotz der Ueberlegenheit seiner eisernen Ladstöcke und seiner „Intelligenz“ viel zu schwach gewesen. Es bedurfte also eines Bundesgenossen und diesen fand es in Rußland.

Hatte schon der Einzug eines russischen Heeres in Königsberg zur Zeit des siebenjährigen Krieges Preußen belehrt, wo seine Achillesferse lag, so wurde diese verwundbarste Stelle durch die Zerstückelung Polens gänzlich bloßgelegt. Zwang aber schon die Schutzlosigkeit seiner Ostgrenze Preußen zur größten Rücksichtnahme auf Rußland, so band es sich diesem gegenüber vollends die Hände, indem es eine Deutschland feindliche Politik einschlug. Von dem Augenblicke an finden wir Preußen in allen europäischen Wirren auf russischer Seite, und Rußland ist es, welches in Berlin die Politik diktiert. Nicht nur Friedrich der Große, sondern alle seine Nachfolger bis auf diese Stunde sind in Folge ihres Strebens, sich auf Kosten Deutschlands zu vergrößern, der Politik Rußlands selbst da dienstbar geblieben, wo die Zukunft ihrer eigenen Staaten das Gegentheil erheischt hätte. Friedrich II. erkannte, von seiner Vergrößerungssucht verblindet, nicht, daß die Unabhängigkeit Preußens mit der Deutschlands stehe und falle. Er ließ sich daher im bairischen Erbfolgekriege auf die Seite der Gegner Oesterreichs hinüberziehen. Als dann Rußland den Frieden zu Teschen diktierte, wurden zwar Preußens Ansprüche auf Ansbach und Bayreuth anerkannt, allein Rußland ward durch diesen Frieden thatsächlich zum Protektor Deutschlands. Rußland war es und diesmal im Einverständnis mit England, welches Friedrich Wilhelm II. zu dem ersten Feldzug gegen das republikanische Frankreich hegte, der zu dem ewig schmachvollen Baseler Frieden (1794) führte, in welchem Preußen das linke Rheinufer für die Erlaubniß abtrat, sich diesseits durch die Mediatirung deutscher Fürsten zu entschädigen. Aber schon 1801 hatte sich Rußland selbst mit Frank-

reich verständigt, und sie nahmen die ganze Entschädigungsfrage in ihre Hände. Von Preußen war nicht eher wieder die Rede, als bis es Rußlands Vortheil erheischte, Preußen abermals gegen Frankreich in den Krieg zu hegen. Bei dem Sarge Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche zu Potsdam schwuren sich Friedrich Wilhelm III. und der Kaiser Alexander eine ewige Freundschaft. Was diese „ewige Freundschaft“ Rußlands werth war, zeigte der Tilsiter Frieden, einige Monate nach Preußens furchtbarer Niederlage bei Jena. Rußland, dessen Grenzen durch den Krieg noch gar nicht berührt worden waren, suchte den Frieden und gab seinen Bundesgenossen rücksichtslos der Rache Napoleons Preis. Preußen mußte an seinen „ewigen Freund“ die polnische Provinz Bialystok (206 □ Meilen) abtreten; den Rest seiner polnischen Besigungen sammt dem cottbuser Kreise erhielt der König von Sachsen. Zwei Jahre später (1809) als Oesterreich gegen Frankreich die Waffen erhob, da war es wiederum Rußland, welches Preußen trotz seiner Kriegsbegierde zwang, das Schwert in der Scheide zu behalten, und Oesterreich seinem Schicksale zu überlassen.

Als dann 1813 das preußische Volk sich gegen Napoleon erhob, machte Kaiser Alexander den Versuch, Ostpreußen in die Tasche zu stecken. Aber die ostpreussischen Landstände traten aus eigener Machtvollkommenheit gegen dieses Gelüste so energisch auf, daß Rußland die Hände zurückzog. Aufgehoben ist freilich nicht aufgehoben. Der Wiener Congreß gab die Rheinlande und Westfalen sammt der Hälfte des Königreichs Sachsen an Preußen, und dafür nahm Rußland mit Ausnahme der beiden Provinzen Bromberg und Posen alles in Besitz, was bei der ehemaligen Theilung Polens an Preußen gefallen war. Kraft der heiligen Allianz aber ward der russische Czar für Preußen zum Gott erhöht, zu dessen Tempel in dem heiligen Petersburg preussische Prinzen und Staatsmänner, namentlich seit der Revolution von 1848, wallfahrten, um sich Rath zu erholen. Ob Rußland seine Genehmigung zu der Donquixoterie ertheilte, mit der Manteuffel im Jahre 1850 Oesterreich plötzlich zu Leibe wollte, und zwar mit einem Säbel ohne Klinge, welchem der Griff fehlte, d. h. mit einer ebenso unschlagfertigen Armee, wie sie 1806 der Herzog von Braunschweig auf die Schlachtbank von Jena lieferte, das müssen wir nicht zu sagen. Gewiß ist nur, daß die Demüthigung, welche Preußen zu Olmütz erfuhr, wiederum Rußland zu Statten kam. Denn es folgte nun der Congreß in Warschau, auf welchem die aus dem Monde geholten Erbansprüche Rußlands auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein von den Mächten feierlichst anerkannt wurden. Nun weht zwar trotzdem heute das schwarz-weiße Banner in den Herzogthümern; allein nicht Preußen, sondern Rußland ist der Bannerherr.

Weiße Sklaven.

V.

Aus dem Müssen Grunde.
(Im vorigen Herbst, also vor dem Einbruch des eigentlichen „Nothstands“ geschrieben.)

Der hiesige Arbeiter ist bescheiden in seinen Ansprüchen und Bedürfnissen, und noch nie hat er den Muth gehabt, seine Leiden der Oeffentlichkeit anzuvertrauen. Das Loos der Arbeiter ist ein trauriges, so daß man ganze Bände damit füllen könnte; die Mehrzahl aber schlummert noch dahin, bis die übergroße alles überwuchernde Noth auch ihrem Schlaf — aber zu spät — ein Ende machen wird.

Der unterzeichnete Arbeiterverein erlaubt sich nun einem

jeden achtbaren Manne einige Bilder von den allgemeinen und in der That bestehenden hiesigen Zuständen vor Augen zu stellen, und ist derselbe stets bereit, die angegebenen Thatfachen durch Beisendung von Belegen der Wahrheit treu zu bestätigen, wenn solche Einsendung gewünscht wird.

Der größte Theil übernimmt hier ein Stück Arbeit z. B. von 76 drabanter Ellen Länge, und fertigt dieses bei ganz besonderm Fleiß in 8—9 Arbeitstagen und erhält dafür 1 Thlr. 15 Ngr., sage Einen Thaler fünfzehn Neugroschen. Davon muß er nun, da fortwährend 1 Mann nebenbei noch tüchtig zu thun hat, (bei gutem Material) mindestens 15 Ngr. dem Gehülfen abgeben. Der Arbeiter hat nun für sich noch 1 Thlr., davon muß er nun seine eigene, sowie seiner oft zahlreichen Familie Beköstigung bestreiten, ungerechnet der Ausgaben für andere Bedürfnisse, als Wohnung, Feuerung, Beleuchtung, Staats- und Gemeinde-Abgaben, Schulgeld und dergleichen mehr. Wir fragen nun einen Jeden: hat derselbe seine Wirtschaft auch auf die ökonomischste Art eingerichtet, ob er bei solchem Verdienst durchkommen kann? Und doch sind die Mehrzahl der hiesigen Arbeiter dazu verurtheilt, es ist die nackte, traurige Wahrheit; wollte Gott, — sie wäre es nicht!

Überblickt man von der Ferne unsern Ort mit seinen stattlichen Häusern und schönen Anlagen, so kann der Fremdling nicht ahnen, daß neben diesem Wohlleben solch Elend Platz greifen kann. Und noch wird den Aermsten der Armen der kleine Verdienst durch den Dampf geraubt. Sonntags und Festtags sieht man den Dampf — wenn auch gerade in unsern Orte weniger — jedoch in benachbarten Ortschaften arbeiten, während ein armer gedrückter Weber einer harten Strafe verfällt, wenn es ein Gensdarm sieht, daß er sich, von der Roth gedrungen, nachdem er oft ganze Wochen nicht einen Pfennig hat verdienen können, veranlaßt sieht, am Sonntag oder Feiertage einige Garne von der Sonne trocknen zu lassen. Freilich ist das Gesetz — aber ist es gerecht?

Etwas ganz anders ist es mit denjenigen, welche ihren Sitz in den oben erwähnten Prachthäusern haben; sie nennen sich auch Weber, aber zu welcher Classe gehören sie? Das zu beantworten überlassen wir dem Urtheile der Leser, nachdem wir ihnen einige Bilder vor Augen gestellt haben.

Es sind dies die Mittel m ä n n e r, welche die Interessen der Arbeiter bei dem Kaufmann zu vertreten haben, denn nur wenigen gewöhnlichen Meistern unsres Orts ist es vergönnt, ihre Waare direkt an den Kaufmann abzuliefern. Es müßte doch gesetzlich sein, daß jeder Arbeiter, er mag haben: Zeitlohn, Stücklohn oder Tagelohn, wenn derselbe seine Waare fertig hat, auch wirklich wisse, was er verdient hat. Ist es doch bei jeder andern Profession auch der Fall; wenn die Arbeiter Stücklohn haben, wissen sie, was sie erhalten und zu verlangen haben. Aber wie sieht es mit dem gedrückten Weber aus, welcher im Schweize seines Angesichtes sein trockenes Brod essen muß? Der größte Theil unseres Ortes von Webern liefert seine Waare an die Berleger, (auch Faktoren genannt — die Mittel m ä n n e r) welche dieselbe erst dem Kaufmann liefern, von dem sie auch das Material entnommen haben. Folglich sind die Berleger Vertreter der Arbeiter. Es ist selbstverständlich für den armen Arbeiter nur vortheilhaft, wenn er anstatt 3—4 Stunden weit seine Waare zu liefern, dieselbe Ablieferung in einer Stunde abmachen kann, und ein Jeder würde auch gern sein Schärlein dazu beitragen, um den Berlegern eine Entschädigung zu geben.

Aber welches Recht haben sich viele solcher Mittel m ä n n e r angemacht! Sie stehen da ohne Gesetz, ohne Recht und Gehorsam; sie geben uns zum Theil die Original-Muster in die Hände, darauf ist jede Strafe verzeichnet, welche den Arbeiter

betreffen kann, wenn die Vorschriften dieses Musters nicht genau befolgt werden; aber von Angabe eines Lohnes ist keine Rede. Giebt es noch einen Kaufmann, welcher den Lohn auf die Musterzettel setzt, so finden wir entweder, daß der Theil des Zettels, wo sich der Lohn aufgezeichnet befand, abgeschnitten ist, oder wenn sich das nicht thun läßt, so bekommt der Weber den Zettel vom Berleger gar nicht in die Hände; der Berleger also giebt dem Arbeiter für seine Waare, was ihm gut dünkt. Niemand kann den Berlegern widerstehen, indem die Herren kein Gesetz darüber haben, was sie auszuzahlen haben. Welche Ausbeutung!!

(Schluß folgt.)

Aus England.

London, den 2. März.

Lord Derby, der es sich vierzig Jahre lang zur besondern Aufgabe machte, das Rad der Zeit aufzuhalten und die demokratischen Tendenzen des neunzehnten Jahrhunderts zu bekämpfen und zu unterdrücken, hat seine politische Oberhauptmannschaft niedergelegt und sich, von der Sicht geplagt, in den Ruhestand zurückgezogen. Die aristokratischen Parteihäupter der neuern Zeit, Russell und Derby, sind somit vom politischen Schauplatz verschwunden, ihre Führerschaft ist zwei Plebejern, Gladstone und Disraeli, übertragen worden. Die Aristokratie war schon seit Jahren unfähig, die Geschicke des Staates zu lenken. Die „liberalen Whigs“ hielten sich nur dadurch, daß sie beständig mit der industriellen Bourgeoisie liebäugelten und ihr von Zeit zu Zeit einige Konzessionen machten — als Dank dafür erlaubte ihnen das radikale Bürgerthum das Budget unter sich zu vertheilen, den Staatsschatz auszubeuten. Nicht wegen ihrer größern Fähigkeit, sondern weil das Volk die „konservativen“ Tories haßte, blieben die „liberalen“ Whigs so lange an der Regierung. Wie wenig sie das Bürgerthum achteten, geht daraus hervor, daß mit Ausnahme einiger unentbehrlichen Advokaten kein Bürgerlicher zu den höheren Staatsämtern zugelassen wurde, sie wurden stets mit betitelten Familiengrößen besetzt. Wie unfähig die Whigs waren, ihre Zeit zu verstehen, und das allgemein nothwendig Gewordene zur Staatspolitik zu erheben und durchzuführen, ist dadurch erwiesen, daß die großen Männer, welche der Freihandelspolitik gesetzliche Geltung verschafften ihr Ansehen und ihren Einfluß im Schooße der Torypartei erwarben. Huskisson, Sir Robert Peel und Gladstone erhoben die Manchester-Doktrin, die Doktrin der politischen Allirten der liberalen Aristokratie, zum Landesgesetz. Selbst nachdem Sir Robert Peel die Hauptangriffe auf das Schutzzollwesen mit Erfolg durchgeführt und die Korngesetze abgeschafft hatte, waren die Whigs unfähig, die weiteren Konsequenzen zu ziehen, bis es Gladstone, der abtrünnige Toryminister, für rathsam hielt, Finanzminister der Whigs zu werden. Gladstone war sechszehn Jahre lang die politische Stütze der liberalen Aristokratie.

Daß die konservative Aristokratie eben so wenig Fähigkeit besitzt wie die liberale bezweifelt Niemand. Was sie aber vor der liberalen Aristokratie auszeichnet, ist eine Art natürlicher Instinkt der Selbsthaltung. Seit fünfzig Jahren haben sich die aristokratischen Tories bescheiden dazu verstanden, bürgerlichen Emporkömmlingen als betiteltes Gefolge zu dienen, sie haben die Fähigkeiten derer, die geneigt waren, ihre Sonderinteressen zu verteidigen, anerkannt. Canning war bürgerlicher Abkunft, Sir Robert Peel war der Enkel eines Baumwollenspinners. In seiner Jugend, zur Zeit, wo es galt, eine Karriere zu machen, behauptete Herr Disraeli, in seinen

Romanen, daß die Aristokraten die natürlichen Führer des englischen Volks seien; die Art und Weise, wie sich dieses gegenwärtig bewährt, ist, daß er, der Enkel eines flüchtigen venetianischen Juden, Ministerpräsident ist, und seine aristokratischen Kollegen, die Herzöge, in denjenigen Verwaltungszweigen den Vorsitz führen, in welchen die untergeordneten Sekretäre die Hauptgeschäfte abmachen. Man denke sich ein Ministerium der alten englischen Aristokratie, in welchem der Nachkomme eines bekehrten italienischen Juden erster Staatsminister, ein Bürger Finanzminister, ein anderer Bürger Minister des Innern und ein Herzog Präsident des Handelsbureaus ist! So etwas haben die „Liberale“ noch nie zugegeben.

Zwei irische Journalisten, Herr Sullivan, der Redakteur der „Nation“, und Herr Piggot, der Redakteur des „Irishman“, sind zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden, weil sie die Hinrichtungen in Manchester als politische Mordthaten charakterisirt und gegen die englischen Grundeigentümer geschrieben haben. Was Sullivan besonders als Verbrechen angerechnet wird, ist, daß er in seiner Zeitung gesagt hat: „Die unglücklichen Männer, welche in Manchester hingerichtet wurden, waren keine Mörder, sondern begeisterte Patrioten, welche ihre Ergebenheit an das Vaterland mit ihrem Blute besiegelten. Das Gefängniß und der Henker sind die Zwillingsspeiser, auf welche sich die britische Oberherrschaft in Irland stützt.“ Weiter wird es ihm als ein unerbittliches Vergehen angerechnet, daß er ein Bild veröffentlichte, auf welchem die Figur der Britannia mit häßlichen Gesichtszügen gezeichnet ist und in der Stellung eines grausamen, unbarmherzigen Tyrannen dargestellt wird.

Der kleine Graf Russell hat einen sehr großen Brief über Irland geschrieben, der 93 Oktav-Seiten im Druck füllt. Er hat ihn an einen früheren irischen Staatsbeamten adressirt, welchem er erzählt, wie er schon Jahre lang mit den Heilmitteln für die irischen Gebrechen schwanger gewesen, aber wegen Mangel an Unterstützung von Seiten seiner eigenen Partei nicht habe hervortreten können. Endlich sei die Zeit gekommen. Der Vorwurf, daß man aus Furcht nachgebe, sei nichtig. Der König Johann habe die Magna Charta aus Furcht unterzeichnet, und das Niederreißen der Eisengländer von Hyde Park habe das Wahlrecht erweitert. „Könnte man einen Mann finden, der die brillante Beredsamkeit von Canning mit der Ehrlichkeit des Lord Althorp verbände, solch einem Manne müßte man die Geschicke Englands und die Aussichten Irlands in die Hände geben!“

Die Universität von Oxford könnte einen solchen Mann verwerfen, aber die große Grafschaft von Lancaister würde ihn nicht im Stich lassen.“

Gladstone, dem diese Schmeichelei gilt, ist also der Mann. Graf Russell trägt seinen Grimm offen zur Schau über das Mißgeschick seiner Partei, die jedesmal, wenn es sich wirklich um große Maßregeln handelte, in den Hintergrund geschoben wurde. „Wir sind“, sagte er, „vom Schicksal dazu verdammt, immer nur den Weg zu bahnen für Tory-Minister. Es war so mit der Emanzipation der Katholiken; mit der Abschaffung der Korngesetze; mit der Reform-Akte von 1867. Fünfzehn Jahre lang predigten wir vergebens, daß die Arbeiter zum Wahlrecht gezogen werden müßten“. Warum fügt der edle Graf nicht hinzu, daß er selbst als Premier-Minister noch im Jahre 1848 erklärt, daß die Bill von 1832 das Ende aller parlamentarischen Reformen für England sei, und daß seine Partei selbst in 1866 nichts besseres vorzuschlagen wußte, als den Wähler-Census von 10 auf 8 Pfund Sterlinge zu reduzieren, um den Arbeiter auszuschließen. Wenn irgend etwas

für Irland gethan werden soll, so ist die erste Bedingung, daß Russell und politische Konsorten nicht an die Regierung kommen. Die zweite, daß nichts vom gegenwärtigen Parlament unternommen wird. Graf Russell's Bedingungen dagegen sind die gegenwärtige Session und das 1866 abgedankte Ministerium. Es ist sein altes Spiel. Punsch sagte 1848: „wäre Lord John Russell nicht Minister, so würden wir Aufruhr haben,“ er macht immer Krakehl, wenn er nicht Minister ist.

Borigen Dienstag sollte die irische Frage im Unterhause auf Antrag eines irischen Parlamentsmitgliedes, vorkommen. Montag Abend sagte Lord Ralmsbury im Oberhause, daß bei dieser Gelegenheit die Regierung ihre Ansichten über das, was sie zu thun gedente, mittheilen werde. Dienstag wurde statt dessen die Abdankung von Lord Derby angezeigt, die irische Frage ist deshalb auf den 10. d. M. vertagt. Die irische Frage, nicht die Gicht, ist wahrscheinlich die Ursache, warum sich Graf Derby zurückgezogen.

Im Norden von England hat sich eine Genossenschaft von Eisenarbeitern gebildet, die in Zeit von einem Monat ihre Produktiv-Arbeit beginnen wird. Die Genossenschaft hat bereits gegen 10,000 Pfd. Sterl. verausgabt. Vierzehn Oefen sind fertig und zwei noch im Bau begriffen. Man berechnet, daß in kurzer Zeit wöchentlich 220 Tonnen Eisen-Barren produziert werden können. Ein Dampfhammer nebst anderen Erfordernissen ist bereits errichtet und man beabsichtigt, weitere 5000 Pfd. Sterl. anzulegen, um die erforderlichen Werke zur Schienen-Fabrikation zu errichten. Die Genossenschaft besteht gegenwärtig aus 380 Mitgliedern, 5,200 Pfd. St. sind geborgt worden, das übrige haben sie selbst zusammengeschoffen.

Im Osten von London hat sich eine Schneidergenossenschaft gebildet, die hauptsächlich aus Deutschen besteht. Der Geschäftsbetrieb soll nicht eher angefangen werden, bis sich das eingezahlte Geld auf 1000 Pfd. Sterl. (6700 Thlr.) beläuft.

Die Londoner Kleinbürger lassen ihren Haß gegen das Genossenschaftswesen mehr und mehr laut werden. Thomas Hughes, der in der letzten Wahl hauptsächlich durch die Arbeiter eines Londoner Distrikts gewählt wurde, ist ein bekannter Vertheidiger der Kooperation und ist selbst Theilhaber an verschiedenen Produktiv-Genossenschaften. Die Ladeninhaber des Wahlbezirks, welchen er gegenwärtig im Parlament repräsentirt, machen Anstalten, sich gegen seine Wiedererwählung bei der nächsten Wahl zu verbinden. Die Kleinhändler dieses Bezirks haben in neuester Zeit mehr Strafe für falsches Gewicht bezahlen müssen, als das übrige London zusammengenommen.

Alle Buchhandlungen (und auch die Expedition des „demokratischen Wochenblattes“) nehmen Bestellungen an auf die in Genf erscheinende politische und sozial-ökonomische Monatschrift:

Der Vorbote.

Organ der Internationalen Arbeiterassoziation,

redigirt von

Joh. Ph. Becker in Genf, Pré-l'Evêque 33.

Preis halbjährig 10 Agr. oder 36 Sr.

Jedem, welcher der gegenwärtig über die ganze civilisirte Welt sich erstreckenden Arbeiterbewegung folgen will, ist der „Vorbote“ unentbehrlich. Die Internationale Arbeiterassoziation, deren Organ er ist, zählt in England, Frankreich, der Schweiz, Italien, Belgien, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits Hunderttausende von Mitgliedern, und ist auf dem besten Weg ihr Ziel zu erreichen: Vereinigung der Arbeiter aller Länder zu gemeinlichem Streben.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. | Druck und Verlag: C. W. Volkath.
Expedition: Windmühlenstraße 14.

Hierzu eine Beilage.